



Europa mit den Kommunen

Beschluss der Landesversammlung vom 18. März 2017

Die Geschichte Europas ist eng mit den Städten und Gemeinden verbunden: Der Austausch von Waren, Ideen, und künstlerischen Impulsen fand immer über die Städte und Märkte statt. Persönliche Verbindungen und Netzwerke liefen über Grenzen hinweg immer an zentralen Orten zusammen. Städtebünde und Handelsbeziehungen von Nord nach Süd und von Ost nach West haben das Gesicht Europas über viele Jahrhunderte geprägt. Auch auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg standen seit der Römerzeit über das Mittelalter bis hin zur Neuzeit immer wieder Städte im Schnittpunkt europäischer Verbindungen und waren Ort europäischer Begegnungen. Deshalb konnte sich auch sehr schnell nach dem Zweiten Weltkrieg an vielen Städten und Gemeinden der Europa-Gedanke vor Ort verbreiten und durch Städtepartnerschaften erlebbar gemacht werden. Daneben stehen symbolträchtige Aktionen wie die Europa-Abstimmung in Breisach im Jahr 1950. Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg waren Vorreiter bei der Begründung von Städtepartnerschaften. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein, am Bodensee und entlang der Donau entwickelte sich aus der Kooperation zwischen grenznahen Städten und Gemeinden. Immer wieder gingen von Städten und Gemeinden wichtige Impulse für die europäische Einigung aus – wie beispielsweise die Stadt Ulm große Verdienste um die Zusammenarbeit entlang der Donau hatte.

Den Landkreisen, Städten und Gemeinden kommt eine zentrale Rolle bei der Vermittlung des europäischen Gedankens zu. Vor Ort kann Europa durch Begegnungen bei kommunalen Partnerschaften oder Vereinspartnerschaften erlebbar gemacht werden. Europäische Programme können bei der Weiterentwicklung der Kommunen und dem Austausch von „best practices“ wertvolle Unterstützung leisten. In ganz Baden-Württemberg leben viele Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Wurzeln aus anderen europäischen Staaten. Die Unternehmen vor Ort profitieren von den Vorteilen des EU-Binnenmarktes.

Artikel 4 Abs. 2 des EU-Vertrages verpflichtet die EU zur Achtung der kommunalen Selbstverwaltung. Starke Kommunen können einen wichtigen Beitrag für ein stabiles und zukunftsfähiges Europa sein. Städte und Gemeinden mit eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und einer ausgeprägten kommunalen Demokratie sind die Basis eines föderalen Europa.

Wir setzen daher auf eine Politik der Europäischen Union, die Kommunen als starke Partner begreift und ihre Potentiale zur Weiterentwicklung der EU nutzt.

Dabei sind uns folgende Anliegen an die EU-Organe und die Mitgliedstaaten wichtig:

- Wir fordern schnellstmöglich die Mittel für die EU-Programme für Städtepartnerschaften deutlich aufzustocken. Ziel muss sein, dass alle

Gemeinden in Europa von einer Förderung profitieren können. Die Austauschprogramme müssen unbürokratisch ausgestaltet sein, damit auch kleinere Gemeinden oder zivilgesellschaftliche Strukturen ohne großen Aufwand daran teilnehmen können. Neben dem thematischen Austausch sollten auch wieder verstärkt Bürgerbegegnungen gefördert werden, damit neues Verständnis entsteht und ein direkter Dialog möglich ist.

- EU-Förderprogramme insbesondere in den Bereichen urbane und ländliche Entwicklung sollten künftig so ausgestaltet sein, dass ihre Inanspruchnahme mit geringerem Verwaltungsaufwand möglich ist und auch kleinere Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen davon profitieren können.
- Bei der weiteren Ausgestaltung des Binnenmarkts und von Freihandelsabkommen muss die kommunale Daseinsvorsorge auch künftig besonders geschützt sein. Dies ist ein aktiver Beitrag zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung und sichert die Akzeptanz Europas bei den Bürgerinnen und Bürger.
- Das bestehende EU-Recht sollte noch stärker daraufhin geprüft werden, ob Verwaltungslasten gerade für kommunale Verwaltungen abgebaut werden können.
- Im Bereich des öffentlichen Auftragswesens sollte geprüft werden, ob die hohen Anforderungen für europaweite Ausschreibungen in allen Fällen sachgerecht sind und ob die Schwellenwerte verhältnismäßig sind.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 60 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 9 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 43 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist ebenso langjähriges Mitglied der Europa-Union wie der heutige EU-Kommissar Günther H. Oettinger. Über 138 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch in der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Eva Högl MdB (SPD) und Evelyne Gebhardt MdEP (SPD) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Mediensprecher
E-Mail: Daniel.Frey@eubw.eu
Webseite: www.eubw.eu